

# Inhaltsverzeichnis

	Rn	Seite
<i>Vorwort</i> . . . . .		V
<i>Vorwort zur ersten Auflage</i> . . . . .		VI
<i>Abkürzungsverzeichnis</i> . . . . .		XVIII
<i>Zur Arbeit mit diesem Buch</i> . . . . .		XXII

## Erster Teil

### Verfassungsgestaltende Grundentscheidungen – Staatszielbestimmungen

<b>§ 1 Grundlagen: Staat und Verfassung – das Grundgesetz als die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland</b> . . . . .	1	1
I. Staat und Staatsrecht . . . . .	1	1
1. Der Staat als Gegenstand des Staatsrechts . . . . .	1	1
2. Die drei Elemente des Staatsbegriffs . . . . .	2	1
a) Staatsgebiet und Staatsvolk . . . . .	3	1
b) Die Staatsgewalt im Verfassungsstaat . . . . .	5	2
c) Die Staatsgewalt im Bundesstaat . . . . .	7	3
3. Europäische Union . . . . .	8	3
II. Das Grundgesetz als die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland . . . . .	11	5
1. Das Grundgesetz als Verfassung im formellen und materiellen Sinn . . . . .	11	5
2. „Pouvoir constituant“, „pouvoir constitué“ und europäische Verfassung . . . . .	15	6
Exkurs: Deutsche Einigung, gesamtdeutsche Verfassung und Verfassungsreferendum . . . . .	17	7
3. Landesverfassungen im Bundesstaat . . . . .	18	7
III. Zur Verfassungsinterpretation . . . . .	19	8
<b>§ 2 Das demokratische Prinzip des Grundgesetzes</b> . . . . .	23	9
I. Staatsgewalt in demokratischer Legitimation – parlamentarische Demokratie . . . . .	23	10
II. Parlamentarische Demokratie – Funktionen des Parlaments . . . . .	27	11
1. Funktionen des Parlaments – Überblick . . . . .	29	12
Exkurs: Das Parlament in der Krise: en quelle façon nul? . . . . .	29a	13
2. Parlamentsvorbehalte . . . . .	30	13

<b>III. Legitimation durch Wahlen – verfassungsrechtliche Wahlrechtsgrundsätze</b>	<b>39</b>	<b>17</b>
1. Wahlrechtsgrundsätze und Bundeswahlgesetz	43	18
2. Allgemeine, unmittelbare, freie und geheime Wahlen – Öffentlichkeit der Wahl	46	20
a) Allgemeinheit der Wahl	46	20
b) Unmittelbare und geheime Wahlen – Öffentlichkeit der Wahl	47	20
c) Freie Wahlen	49	21
3. Insbesondere: Gleichheit der Wahl und Wahlsystem	53	22
a) Zählwert- und Erfolgswertgleichheit	53	22
b) Das Prinzip der personalisierten Verhältniswahl: Wahlsystem und Wahlverfahren	56	23
4. Verfassungsfragen des geltenden Wahlrechts	58	25
a) Negatives Stimmengewicht	58	25
b) Sperrklauseln	59	26
c) Grundmandatsklausel, Überhangmandate und Wahlrechtsgleichheit	61	27
d) Wahlprüfungsverfahren	65	29
5. Demokratie und periodische Wahlen	67	30
6. Wahlrecht und Staatsangehörigkeit	68	30
a) Der Grundsatz: „Volk“ in Art. 20 Abs. 2 GG als Staatsvolk	68	30
b) Kommunalwahlrecht und Unionsbürgerschaft	70	31
<b>IV. Politische Parteien in der parlamentarischen Demokratie des Grundgesetzes</b>	<b>75</b>	<b>33</b>
1. Politische Parteien – Begriff und grundsätzliche Bedeutung	78	35
2. Freiheit und Gleichheit – verfassungsmäßige Rechte der Parteien	82	37
3. Verfassungsfeindliche Parteien, Parteienprivileg und Parteiverbot	85	38
4. Parteienfinanzierung	89	40
5. Demokratische Binnenstruktur	93	41
6. Politische Parteien im Verfassungsprozess	96	42
<b>V. Ausübung der Staatsgewalt durch Abstimmungen – direkte Demokratie</b>	<b>101</b>	<b>44</b>
1. Direkte Demokratie in den Ländern	103	45
a) Verfassungsautonomie der Länder	103	45
b) Gemeinsamkeiten und aktuelle Verfassungskonflikte	104	45
2. Direkte Demokratie ins Grundgesetz?	111	47
<b>VI. Demokratieprinzip und Europäische Integration</b>	<b>114</b>	<b>49</b>
1. Demokratische Legitimation der EU – Demokratiedefizit?	115	49

2. Grenzen der Integrationsermächtigung . . . . .	117	51
3. Zur Rolle von Bundestag und Bundesrat . . . . .	118b	52
<b>§ 3 Das Gesetz als die zentrale Handlungsform des demokratischen Rechtsstaates . . . . .</b>	<b>120</b>	<b>55</b>
I. Gesetz, Demokratie und Rechtsstaat – grundsätzliche Zusammenhänge und Gesetzesbegriff des Grundgesetzes – Aufbau der Rechtsordnung . . . . .	120	55
1. Funktionen des Gesetzes – Rechtssicherheit und demokratische Legitimation . . . . .	122	55
2. Der Gesetzesbegriff des Grundgesetzes . . . . .	124	56
a) Formeller Gesetzesbegriff . . . . .	124	56
b) Einzelfallgesetze . . . . .	127	57
3. Keine Gesetzgebung: delegierte Rechtsetzung – untergesetzliches Recht . . . . .	130	58
4. Aufbau der Rechtsordnung . . . . .	132	58
II. Gesetzgebung in verfassungsrechtlicher Gebundenheit – Gesetzesprüfung . . . . .	136	60
1. Formelle und materielle Verfassungsmäßigkeit . . . . .	136	60
2. Gesetzesprüfung . . . . .	138	60
III. Formelle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes: Gesetzgebungskompetenzen . . . . .	141	61
1. Systematik der Kompetenzverteilung – Grundregel des Art. 70 GG . . . . .	146	62
2. Feststellung des einschlägigen Kompetenztitels . . . . .	152	64
a) Auslegung der Kompetenznormen . . . . .	153	64
b) Kompetenzmäßige Zuordnung . . . . .	160	66
c) Zuständigkeitskataloge und ungeschriebene Bundeskompetenzen . . . . .	166	67
3. Voraussetzungen der Kompetenzausübung – Art. 71, 72 GG . . . . .	172	69
a) Ausschließliche Bundeszuständigkeit, Art. 71 GG . . . . .	172	69
b) Konkurrierende Zuständigkeit, Art. 72 GG . . . . .	173	69
aa) Gesetzgebungsbefugnis des Bundes, Art. 72 Abs. 2 GG . . . . .	174	70
bb) Gesetzgebungsbefugnis der Länder, Art. 72 Abs. 1 GG . . . . .	177	71
cc) Abweichungsgesetzgebung der Länder, Art. 72 Abs. 3 GG . . . . .	179	72
dd) Rückholmöglichkeit, Art. 72 Abs. 4 GG . . . . .	180	73
ee) Übergangsrecht . . . . .	181	73
4. Zum Verhältnis von Bundesrecht und Landesrecht, Art. 31 GG . . . . .	184	74

IV. Verfahren der Bundesgesetzgebung . . . . .	193	79
1. Gesetzesinitiative . . . . .	195	80
a) Initiativrecht . . . . .	195	80
b) Zur weiteren Behandlung der Gesetzesinitiative . . .	197	80
2. Beschlussfassung in Bundestag und Bundesrat . . . . .	201	82
a) Gesetzesbeschluss des Bundestags . . . . .	201	82
b) Beteiligung des Bundesrats . . . . .	204	84
aa) Einspruchs- und Zustimmungsgesetze . . . . .	204	84
bb) Verfahren bei Einspruchsgesetzen . . . . .	205	84
cc) Verfahren bei Zustimmungsgesetzen . . . . .	211	86
c) Zustandekommen eines Gesetzes . . . . .	213	86
3. Ausfertigung und Verkündung:		
das Abschlussverfahren . . . . .	216	87
4. Verfahren der Verfassungsänderung . . . . .	221	89
a) Formelle Voraussetzungen . . . . .	221	89
b) Materielle Voraussetzungen . . . . .	222	89
V. Landesgesetzgebung . . . . .	223	90
VI. Recht der EU in der Rechtsordnung des Grundgesetzes . . .	240	94
1. Rechtsquellen des Unionsrechts . . . . .	241	94
2. Unionsrecht und Grundgesetz – EuGH und BVerfG . .	244	96
a) Vorrang des Unionsrechts – Identität des Grundgesetzes . . . . .	244	96
b) Identitätskontrolle und ultra-vires-Kontrolle durch das BVerfG . . . . .	246	96
c) Zum Rangverhältnis der Normen – Kollisionslagen und ihre Auflösung . . . . .	247	97
aa) Nationales Recht kein Maßstab für Unionsrecht	248	97
bb) Keine Überprüfung unionsrechtlich determinierten Rechts am Grundgesetz . . . . .	248a	97
cc) Sekundäres und höherrangiges Unionsrecht – Prüfungs- und Verwerfungskompetenz . . . . .	248c	98
dd) Weitere Rechtsschutzfragen . . . . .	249a	99
3. Gesetzgebungscompetenzen und EU-Recht . . . . .	250	101
4. Grundgesetz und EMRK . . . . .	252	102
 <b>§ 4 Das Rechtsstaatsprinzip des Grundgesetzes . . . . .</b>	255	104
I. Das Rechtsstaatsprinzip im Grundgesetz – Struktur und grundsätzliche Bedeutung . . . . .	255	104
II. Das Rechtsstaatsprinzip im Grundgesetz: Gewaltenteilung	260	106
1. Gewaltenteilung im Grundgesetz . . . . .	265	107
2. Legislative, Exekutive, Judikative – die typischen Aufgaben . . . . .	266	108
a) Legislative: Normsetzung als parlamentarische Gesetzgebung . . . . .	266	108

b) Exekutive: Gesetzesvollzug . . . . .	267	108
c) Judikative . . . . .	268	108
3. Abgrenzungsprobleme, Kompetenzkonflikte . . . . .	271	109
a) Legislative – Exekutive . . . . .	271	109
b) Zur Rechtsprechung . . . . .	272	110
4. Gewaltenteilung und Europa . . . . .	274	111
<b>III. Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes . . . . .</b>	<b>280</b>	<b>113</b>
1. Vorrang des Gesetzes . . . . .	287	115
2. Vorbehalt des Gesetzes für Eingriffsakte . . . . .	288	116
3. Insbesondere: Gesetzesvorbehalt für staatliche Informationstätigkeit . . . . .	294	117
4. Gesetzesvorbehalt und Leistungsverwaltung . . . . .	298	119
5. Wesentlichkeitsvorbehalte . . . . .	304	120
6. Insbesondere: Gesetzesvorbehalt und „besonderes Gewaltverhältnis“ . . . . .	310	122
7. Zum Einfluss des Europarechts – Rückforderung gemeinschaftsrechtswidriger (unionsrechtswidriger) Subventionen . . . . .	311a	123
<b>IV. Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Gewaltenteilung und exekutive Normsetzung . . . . .</b>	<b>321</b>	<b>128</b>
1. Rechtsverordnungen . . . . .	323	128
a) Ermächtigung durch Gesetz . . . . .	323	128
b) Adressaten, Verfahren . . . . .	332	131
2. Satzungen . . . . .	340	135
3. Verwaltungsvorschriften, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und Gewaltenteilung . . . . .	346	138
<b>V. Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit . . . . .</b>	<b>354</b>	<b>141</b>
1. Grundsätzliche Bedeutung . . . . .	354	141
2. Insbesondere: Rechtsklarheit . . . . .	355	142
a) Klarheit und Bestimmtheit der Norm . . . . .	356	142
b) Klarheit und Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung . . . . .	362	144
3. Rechtssicherheit – Rückwirkungsverbot und Vertrauensschutz . . . . .	365	145
a) Das Problem . . . . .	369	146
b) Verbot rückwirkender Strafgesetze:		
Art. 103 Abs. 2 GG . . . . .	370	146
c) IÜ: Rechtsstaatliches Rückwirkungsverbot . . . . .	374	147
d) Vertrauensschutz außerhalb des Rückwirkungsverbots? . . . . .	385	151
e) Europäisches Recht . . . . .	390	152
<b>VI. Rechtsstaat und Übermaßverbot . . . . .</b>	<b>396</b>	<b>154</b>
1. Grundsätzliche Bedeutung, Elemente des Verhältnismäßigkeitsprinzips . . . . .	398	155

a) Das Verhältnismäßigkeitsgebot im Grundgesetz: Bedeutung und Geltungsbereich . . . . .	398	155
b) Die Elemente des Verhältnismäßigkeitsgebots: Legitimer Zweck, Geeignetheit, Erforderlichkeit, Angemessenheit . . . . .	399	155
c) Geeignetheit und Erforderlichkeit in Verwaltung und Gesetzgebung . . . . .	400	156
d) Verhältnismäßigkeit im engeren Sinn: Das Prinzip der Abwägung . . . . .	405	157
2. Zum Anwendungsbereich des Verhältnis- mäßigkeitsprinzips . . . . .	409	159
a) Ermessensentscheidungen . . . . .	409	159
b) Eingriffsakte . . . . .	410	159
c) Zwischen Hoheitsträgern? . . . . .	412	160
d) Europäisches Recht . . . . .	413	160
VII. Justizgewähr, Rechtsschutz und gerichtliches Verfahren:		
Der Schutz der Rechtsstaatlichkeit . . . . .	416	161
1. Rechtsschutzgarantie und Justizgewährungsanspruch . .	416	161
a) Der grundgesetzliche Anspruch auf Rechtsschutz .	418	162
b) Voraussetzungen und Tragweite der Rechts- schutzgarantie . . . . .	421	163
aa) Schutz subjektiver Rechte und Grundrechte .	421	163
bb) Kein Letztentscheidungsrecht der Verwaltung . . . . .	422	164
cc) Verfahrensordnungen und effektiver Rechtsschutz . . . . .	423	164
2. Gerichtsorganisation . . . . .	428	166
a) Gewährleistung der fachlich gegliederten Gerichtsbarkeit? . . . . .	431	167
b) Gewährleistung einer mehrinstanzlichen Gerichtsbarkeit? . . . . .	433	167
c) Das Recht auf den gesetzlichen Richter . . . . .	434	168
3. Gerichtliches Verfahren und Grundgesetz . . . . .	441	170
a) Das Recht auf Gehör . . . . .	443	171
b) Rechtsstaatlichkeit und „Fairness“ des Verfahrens, insbesondere im Strafprozess . . . . .	447	172
VIII. Das Widerstandsrecht des Art. 20 Abs. 4 GG . . . . .	453	174
<b>§ 5 Das bundesstaatliche Prinzip des Grundgesetzes . . . . .</b>	<b>455</b>	<b>175</b>
I. Grundlagen . . . . .	455	175
1. Geschichtlich . . . . .	458	176
2. Der Bundesstaatsbegriff des Grundgesetzes . . . . .	460	177
a) Staatlichkeit von Bund und Ländern . . . . .	461	177
b) Bundesstaatliche Kompetenzordnung . . . . .	463	178

---

c) Verfassungsautonomie der Länder . . . . .	464	178
d) Bundesstaatlichkeit als grundlegendes Verfassungsprinzip . . . . .	465	179
e) Bedeutung und Rechtfertigung des bundesstaatlichen Prinzips . . . . .	467	179
3. Ausblick: Bundesstaatlichkeit und Europäische Union .	468	179
 II. Kooperativer Föderalismus und Bundestreue –		
die föderalen Rechtsbeziehungen . . . . .	472	181
1. Unitarischer Bundesstaat und föderaler Wettbewerb . . .	476	183
2. Unitarisierung durch staatsvertragliche Regelungen . .	478	183
3. Bundestreue, bundesfreundliches Verhalten . . . . .	481	184
a) Verfassungssystematischer Standort und grundsätzliche Bedeutung . . . . .	481	184
b) Insbesondere: Kompetenzschranken . . . . .	483	185
c) Insbesondere: Verfahrenspflichten . . . . .	486	186
d) Akzessorischer Charakter der Bundestreue – Anspruchsgrundlage? . . . . .	488	187
 III. Verwaltungskompetenzen . . . . .	496	189
1. Der Grundsatz: Regelzuständigkeit der Länder im Verwaltungsbereich . . . . .	500	190
2. Der Normalfall: Landeseigener Vollzug von Bundesgesetzen . . . . .	501	191
3. Regelzuständigkeit der Länder für nicht gesetzes- akzessorische Verwaltung . . . . .	504	192
4. Abweichung vom Regelfall: Bundesauftrags- verwaltung . . . . .	507	193
5. Bundeseigene Verwaltung . . . . .	510	194
6. Ungeschriebene Bundeskompetenzen auch für die Verwaltung? . . . . .	514	195
7. Unzulässige Mischverwaltung und zulässige Kooperation im Bundesstaat . . . . .	516	196
8. Bundesaufsicht, Bundeszwang, Bundesintervention . .	519	197
9. Der verfassungsrechtliche Auftrag der Bundeswehr .	524	200
 IV. Die Rechtsprechung in der bundesstaatlichen Ordnung . . .	525	202
 V. Die bundesstaatliche Finanz- und Haushaltsverfassung . . .	529	203
1. Überblick . . . . .	532	204
2. Der Ausgangspunkt: Gesonderte Ausgabentragung (Konnexität), Art. 104a GG . . . . .	533	204
3. Steuerertragshoheit und Finanzausgleich . . . . .	535	205
4. Verteilung der Steuergesetzgebung . . . . .	542	207
a) Steuern und sonstige Abgaben: Begriffliche Voraussetzungen . . . . .	542	207
b) Zuständigkeiten . . . . .	543	208

5. Nichtsteuerliche Abgaben . . . . .	546	209
a) Die Begrenzungs- und Schutzfunktion der bundesstaatlichen Finanzverfassung . . . . .	546	209
b) Prinzipiell zulässige Abgaben . . . . .	547	209
c) Sonderabgaben . . . . .	550	210
6. Exkurs: Die bundesstaatliche Haushaltsverfassung – Föderalismusreform II . . . . .	552a	211
VI. Auswärtige Beziehungen und völkerrechtliche Verträge, Art. 32, 59 GG . . . . .	556	216
1. Völkerrechtliche Verträge: Verbandskompetenz und Organkompetenz, Art. 32 und Art. 59 GG . . . . .	558	216
2. Vertragsschluss- und Transformationsgesetz – das „Lindauer Abkommen“ . . . . .	560	218
<b>§ 6 Staatsziele . . . . .</b>	<b>565</b>	<b>220</b>
I. Das soziale Staatsziel . . . . .	565	220
1. Begriff und grundsätzliche Bedeutung des Sozialstaatsprinzips . . . . .	566	221
2. Zum Inhalt des Sozialstaatsprinzips . . . . .	567	221
3. Zur aktuellen Bedeutung des Sozialstaatsprinzips . . . . .	572	223
a) Sozialstaatsprinzip als unmittelbare Anspruchs- grundlage . . . . .	573	223
b) Sozialstaatsprinzip als Bestandsgarantie? . . . . .	576	224
c) Sozialstaatsprinzip als Eingriffslegitimation . . . . .	577	224
4. Zum Verhältnis von Rechtsstaat und Sozialstaat . . . . .	579	225
II. Staatsziel Umweltschutz . . . . .	581	226
III. Staatsziel Tierschutz . . . . .	587	228
IV. Die Staatszielbestimmungen der Landesverfassungen . . . . .	588	229

Zweiter Teil  
**Staatsorgane**

<b>§ 7 Der Bundestag . . . . .</b>	<b>592</b>	<b>232</b>
I. Rechtsstellung und grundsätzliche Bedeutung des Bundestags – Verfassungskonflikte . . . . .	597	234
II. Bildung des Bundestags, Zusammensetzung und Verfahren . . . . .	601	236
1. Verfahrensgrundsätze und Geschäftsordnung . . . . .	602	236
2. Ende der Wahlperiode und Neuwahlen . . . . .	606	239
III. Abgeordneter und Fraktion . . . . .	608	240
1. Der Abgeordnete . . . . .	608	240

a) Überblick: Rechte des Abgeordneten . . . . .	608	240
b) Das freie Mandat: Freiheit in der Ausübung, Repräsentation und Pflichtenstellung des Abgeordneten	609	241
c) Freies Mandat und Parteizugehörigkeit des Abgeordneten . . . . .	614	243
d) Parlamentarische Beteiligungsrechte des Abgeordneten . . . . .	617	244
e) Weitere Statusrechte des Abgeordneten . . . . .	620	246
2. Fraktionen . . . . .	625	248
3. Der fraktionslose Abgeordnete . . . . .	630	251
<b>IV. Organspezifische Rechte des Bundestags, insbesondere:</b>		
Untersuchungsausschüsse . . . . .	634	252
1. Die Einsetzung des Untersuchungsausschusses . . . . .	636	253
2. Verfassungsmäßige Bestimmung des Untersuchungs- gegenstands . . . . .	637	253
a) Bezeichnung des Untersuchungsgegenstands und Festlegung . . . . .	637	253
b) Materielle Schranken des Untersuchungsrechts . . . . .	638	254
3. Zum Verfahren im Untersuchungsausschuss – Beweiserhebungsrechte . . . . .	642	256
Exkurs: Landesverfassungsrecht . . . . .	645a	258
4. Weitere Informationspflichten der Exekutive – Informationsansprüche des Parlaments . . . . .	645b	259
<b>§ 8 Der Bundesrat . . . . .</b>	649	265
I. Rechtsstellung, Bedeutung und Zusammensetzung des Bundesrats . . . . .	653	266
1. Zur Funktion des Bundesrats in der bundesstaatlichen Ordnung des Grundgesetzes: Teilhabe der Länder an der Staatsgewalt im Bund . . . . .	653	266
2. Zusammensetzung und Verfahren des Bundesrats . . . . .	654	267
II. Aufgaben und Befugnisse . . . . .	657	268
1. Mitwirkung an der Gesetzgebung des Bundes . . . . .	657	268
a) Einspruchs- und Zustimmungsgesetze . . . . .	657	268
b) Reichweite der Zustimmungspflicht – Änderung des Zustimmungsgesetzes . . . . .	659	270
2. Mitwirkung bei der Verwaltung des Bundes . . . . .	663	271
3. Bundesrat und Europa – Art. 23 GG . . . . .	664	272
a) EU und innerstaatliche Kompetenzverteilung . . . . .	664	272
b) Mitwirkung des Bundesrats in EU-Angelegenheiten: Art. 23 Abs. 4 und 5 GG . . . . .	665	272
c) Verhandlungsführer der Länder, Art. 23 Abs. 6 GG . . . . .	665c	274
d) Prozessuale Konsequenzen . . . . .	665d	274

III. Garantie der Mitwirkungsrechte – Bundesrat und „Ewigkeitsgarantie“ . . . . .	666	274
<b>§ 9 Die Bundesregierung . . . . .</b>	<b>671</b>	<b>277</b>
I. Die Bundesregierung als Verfassungsorgan: Rechtsstellung und grundsätzliche Bedeutung . . . . .	674	278
II. Bildung und Amts dauer der Bundesregierung . . . . .	677	280
1. Bildung der Bundesregierung . . . . .	678	280
2. Amts dauer der Bundesregierung, Misstrauensvotum . .	681	282
3. Die Vertrauensfrage . . . . .	683	282
III. Interne Organisation und Aufgabenverteilung . . . . .	687	286
1. Kanzlerprinzip, Ressortprinzip, Kollegialprinzip – zur Aufgabenverteilung innerhalb der Bundesregierung	687	286
a) Systematik des Art. 65 GG . . . . .	687	286
b) Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers . . . . .	688	286
c) Ressortkompetenzen, Kollegialprinzip . . . . .	691	288
2. Das Beschlussverfahren der Bundesregierung . . . . .	696	290
IV. Einzelne Kompetenzen der Bundesregierung . . . . .	698	291
<b>§ 10 Der Bundespräsident . . . . .</b>	<b>701</b>	<b>292</b>
I. Rechtsstellung und Bedeutung . . . . .	703	293
1. Stellung im Grundgesetz . . . . .	703	293
2. Zur Gegenzeichnungspflicht . . . . .	706	294
II. Kompetenzen des Bundespräsidenten, insbesondere das Prüfungsrecht . . . . .	712	296
1. Ausfertigung von Gesetzen und Prüfungskompetenz .	712	296
2. Vertretung der Bundesrepublik nach außen . . . . .	717	299
3. Weitere Befugnisse . . . . .	720	299
4. „Politische“ Befugnisse des Bundespräsidenten? . . .	722	300
<b>Anhang zu §§ 7–10: Staatsorgane der Länder . . . . .</b>	<b>726</b>	<b>302</b>

Dritter Teil

**Der Schutz der Verfassung durch die Verfassungsgerichtsbarkeit**

<b>§ 11 Das Bundesverfassungsgericht . . . . .</b>	<b>743</b>	<b>307</b>
I. Das Bundesverfassungsgericht: Bedeutung und verfassungsrechtliche Stellung . . . . .	743	307
II. Einzelne verfassungsgerichtliche Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht . . . . .	749	309
1. Organstreitverfahren, Art. 93 Abs. 1 Nr 1 GG; §§ 13 Nr 5, 63 ff BVerfGG . . . . .	750	309

---

2. Bund-Länder-Streit, Art. 93 Abs. 1 Nr 3 GG; §§ 13 Nr 7, 68 ff BVerfGG . . . . .	757	313
3. Sonstige föderale Streitigkeiten, Art. 93 Abs. 1 Nr 4 GG; §§ 13 Nr 8, 71, 72 BVerfGG . . . . .	762	315
4. Die abstrakte Normenkontrolle, Art. 93 Abs. 1 Nr 2 GG; §§ 13 Nr 6, 76 ff BVerfGG . . . . .	764	316
5. Die abstrakte Normenkontrolle nach Art. 93 Abs. 1 Nr 2a GG; §§ 13 Nr 6a, 76 ff BVerfGG . . . . .	771	318
5a. Feststellung der Ersetzbarkeit von Bundesrecht, Art. 93 Abs. 2 GG; §§ 13 Nr 6b, 97 BVerfGG . . . . .	772a	319
6. Die konkrete Normenkontrolle (Richtervorlage), Art. 100 Abs. 1 GG; §§ 13 Nr 11, 80 ff BVerfGG . . . . .	773	319
7. Verfassungsbeschwerden . . . . .	781	323
8. Weitere Verfahren . . . . .	785	324
<b>III. Allgemeine Fragen des Verfahrens und der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts . . . . .</b>	791	326
1. Besonderheiten der Normprüfungsverfahren . . . . .	791	326
a) Verfassungskonforme Auslegung . . . . .	792	326
b) Zurückhaltung gegenüber dem Gesetzgeber . . . . .	793	327
c) Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts: Nichtigerklärung oder Feststellung der Verfassungs- widrigkeit . . . . .	794	327
2. Einstweilige Anordnungen des Bundesverfassungs- gerichts . . . . .	800	330
<b>Anhang: Hinweise zu Zulässigkeitsfragen der Ausgangsfälle . . . . .</b>	804	331
<b>§ 12 Landesverfassungsgerichtsbarkeit . . . . .</b>	836	343
I. Verfassungsgerichtsbarkeit in den Ländern: die wichtigsten Verfahrensarten . . . . .	836	343
II. Bundes- und Landesverfassungsgerichtsbarkeit im Verhältnis zueinander . . . . .	855	351
1. Der Grundsatz: Selbstständiges Nebeneinander . . . . .	855	351
2. Insbesondere: Landesverfassungsbeschwerde wegen Verletzung von Landesgrundrechten in Anwendung von Bundesrecht . . . . .	859	353
<b>Anhang: Schematische Übersicht zum Gesetzgebungsverfahren . . . . .</b>	355	
<b>Sachverzeichnis . . . . .</b>		359